

Wirtschaft



Beitrag

10 Pfennig
100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Arndt, Redakteur (in Abs. d. Handelst.) Carl Meißel Berlin, Verov. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt. Schriftleitung: Berlin SW 68, Roststraße 22-26. Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dabhoft 8600-8663, für den Fernverkehr Amt Dabhoft 8668-8696, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkonto Berlin 60.

Heute Regierungserklärung.

Der alte Kurs.

Das zweite Kabinett Marx wird sich heute um 5 Uhr nachmittags dem Reichstag vorstellen. Der Reichskanzler wird unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung die Regierungserklärung verlesen. Sie wird vorwiegend die Außenpolitik behandeln, da die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstages auf außenpolitischem Gebiete liegen. Einen breiten Raum wird in der Regierungserklärung das Saarverfährungsprotokoll einnehmen. Die Erklärung über die Außenpolitik wird wesentlich an dem bisher verfolgten Kurs und im übrigen sich eng an das außenpolitische Programm der Mittelpartei anknüpfen. Das in dem Verhandlungsprotokoll über die Regierungsbildung mit den Deutschnationalen eine so wichtige Rolle gespielt hat. Die Fragen der inneren Politik dürften in der Regierungserklärung nur gestreift werden.

Führung dieser Politik durch die Koalition der Mitte angelegt wird. Dann dürfte noch der Sprecher der Deutschnationalen zu Worte kommen. Für die Sozialdemokraten, die vielleicht erst in der morgigen Sitzung an die Reihe kommen werden, soll Abgeordneter Koebe die Rede sein. Es ist geplant, daß am Schluß der politischen Aussprache, die sich bis Freitag ausdehnen dürfte, weil die Parteien noch eine zweite Redezeit wünschen, von den Mittelpartei ein Antrag eingebracht wird, dahingehend, daß der Reichstag die Erklärung der Regierung billigt.

Millerand und Maginot.

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“.

Paris, 4. Juni. Die gestrigen Abstimmungen in den verschiedenen Fraktionen des französischen Senats haben in der heutigen Presse immer noch nicht zu einer einheitlichen Klärung der Lage geführt, sondern geben im Gegenteil Anlaß zu allerlei statistischen Aufstellungen, durch die die Minder der einzelnen Richtungen je nach ihrer Einstellung darzulegen versuchen, die Mehrheit des Senats sei dem Verbleiben Millerands günstig oder ungünstig. Inzwischen bleibt die Tatsache bestehen, daß die demokristliche Mitte des Senats gemeinsam mit den sozialistischen Senatoren etwas mehr als die Hälfte der Stimm des Senats innehat, so daß also, wenn diese Gruppen geschlossen im Falle einer Abstimmung für die Stellungnahme des Vintencourt eintritten, das Schicksal Millerands auch vor diesem Hause des französischen Parlaments seinem Zweifel unterliegt. Journalisten, die im Laufe informiert zu werden pflegen, glauben trotzdem auf Grund der gestrigen Gruppenbeschlüsse des Senats noch immer zu können, daß Millerand gewollt sei, der „normalen parlamentarischen Kampf“ bis zu Ende zu kämpfen, gegen aber als Form dieses Kampfes lediglich die parlamentarische Prozedur einer Abstimmung über eine Verhaftung des Präsidenten an. In der Mehrzahl der Minder, insbesondere, soweit sie der Linken angehören, wird dann auch vorausgesetzt, daß die französische Nationalversammlung noch in den kommenden Wochen in Verfall zu einer neuen Präsidentschaftswahl zusammensteht. Eine „Mittlerstellung“ zwischen dem Verbleiben oder dem Verlassen des derzeitigen Präsidenten als Verfall, in denen dargestellt wird, wie die zufälligen Behörden bereits damit befaßt seien, den für seine Sitzung im Verfall der Reichstag vorgeschriebenen Kongreß zu einleiten und ihn einzulösen.

Paris, 4. Juni. Die gestrigen Abstimmungen gegen die Einbringung der oppositionellen Parteien in der Frage der Präsidentschaft der Kammer, die schließlich in der heutigen Sitzung geregelt werden sollte. Die republikanische Mitte verlor die gestrige Abstimmung über, einen Gesetzentwurf gegen Feindes aufzutreten. Man hätte bei allen möglichen Abgeordneten vor, schließlich ist dem bisherigen Kammerpräsidenten Ferret. Alle Lehnen aber ab, bis schließlich der bisherige Reichspräsident Millerand es auf sich nahm, der letzten Wiederholung bei der heute stattfindenden Wahl entgegenzutreten, und zwar mit der Begründung, daß man der Minderheit in der Kammer Gelegenheit geben müsse, sich zu sammeln. Einem Mitarbeiter des „Matin“ sagte Maginot, er wisse, daß er bei dieser Wahl geschlagen werden würde, aber es gibt Augenblicke, wo man den Tod haben muß, sich schlagen zu lassen.“ Infolge dieses Beschlusses Maginots der Gruppe der republikanischen Senatoren an, daß deren Parteivorsitzender sich unter der Begründung seinen Austritt aus der Fraktion erkläre, daß diese Kandidatur selbst Maginot die Partei auf die rechte Seite des Hauses, und das läßt er nicht mitgehen.

Unter den angefochtenen Wahlen befindet sich auch die des bisherigen Ministers für öffentliche Arbeiten Le Troquer. Es wird ihm von der Vorwahl gemacht, daß er den gestimmten amtlichen Apparat für seine Kandidatur in Anspruch genommen habe.

Wiederbelebung der Entente?

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“.

London, 4. Juni. Der „Daily Express“ veröffentlicht heute morgen von den anderen Blättern nicht bestrittene Meldungen, wonach Herrort die Ansicht haben soll, für den Fall, daß ihm die Regierungsbildung in Frankreich gelingt, Ende nächster Woche nach England zu kommen, um die Reparationsfrage und die Anwendung des Versailler Vertrages mit Ramsay MacDonald in London oder Chancery zu besprechen. In unterrichteten politischen Kreisen wird die Tatsache lebhaft besprochen, daß, soweit sich bisher feststellen ließ, sowohl Ramsay MacDonald als auch Herrort den Wunsch haben, sowohl die erste Begegnung der beiden Winterpräsidenten nicht in eigenem Lande vor sich gehen. Ramsay MacDonald hat sich bereit erklart, nach Frankreich zu fahren, während Herrort Herrort anzeigt, daß er eine Ausspäherung in England vorziehen möchte.

Ein Blatt der Linken hat im übrigen auch schon herausgefunden, wo Millerand nach langem Suchen trotz der Wohnungsfrage eine Privatwohnung für sich aufgefunden hat, und berichtet über die Verhandlungen, die angeblich zwischen dem Präsidenten und dem Vertreter des betreffenden Hauses bestanden haben sollen. Angebender als diese Anzeichen zur Privatwohnung für die Tafel, daß man in der Umgebung des Präsidenten auf der Überzeugung gelangt zu sein scheint, daß im Augenblick das Programm der neuen Republik, wie es in dem Briefe Herrorts an Blum zuletzt getreten ist, keine Möglichkeit zu einer fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen einem Kabinett Herrort und dem angeblich stillen Präsidenten der Republik gewesen hätte.

Ein Freund Millerands' äußert hierüber in einem Mitteilungs des „Journal“ daß Millerand keineswegs als Ministerpräsident beauftragt gegen den Eisenbahnerstreik vorgegangen sei, Polen vor dem Sowjets gerettet habe, die Wiederherstellung der Beziehungen mit Rom wiederhergestellt und also jetzt Präsident der Republik weder der Wiederbelebung der früher des damaligen Eisenbahnerstreiks zustimmen, noch dem neuen Vertrag mit dem Vatikan zustimmen, oder eine Schwächung der nationalen Verteidigungsmittel einleiten könne. Er sei jedoch zu einer fruchtbarer Zusammenarbeit mit dem neuen Reichstag bereit, könne aber keinesfalls als Präsident der Republik Maßnahmen treffen, die er als Abgeordneter beauftragt habe.

Wenden mit ihren politischen Rückwirkungen auf Deutschland, sollen hierauf das Besondere der Außenpolitik, der Befähigung und der Wiederbelebung der Entente. Die Gefahr der Agitation und Verfröhen in Deutschland bestehen in der Schwäche der Bande, die jetzt die Allierten zusammenhalten. Es sollte das Ziel unserer Regierung sein, nicht etwa den Deutschen durch Dornen gute Reiseführer zu erteilen oder irgendwelche Vorteile zu machen, die Deutschnationalen zur Nation zu bringen. Wir haben kein Recht, uns in die innere Politik Deutschlands einzumischen, aber wir haben ein Recht, uns zu bemühen, einen guten Ausblick des militärischen Geschehens in Deutschland, und der einzige Weg, diesen Blick zu erhalten, besteht in einer Einheitsfront aufgaben und Frankreich. Wenn die Entente eine Möglichkeit wäre, könnte Europa gegen Admiral Tirpitz als deutschen Reichsanstalten annehmen.

Die verhafteten Kommunisten

Mittagsitzung des Reichstags.

Präsident Marfak eröffnete die heutige Reichstagsitzung um 11 1/2 Uhr. Er läßt ein Schreiben vorlesen, in dem der am Dienstag ausgefallene Abgeordnete Remmel (Komm.) formellen Einpruch gegen seinen Austritt aus dem Reichstag einbrachte. Es wurde festgestellt, daß ein sachlicher Grund für seinen Austritt nicht vorlag und daß der Präsident auf die formellen Verfügungen der Geschäftsordnung verweist habe.

Die Geschäftsordnung entscheidet der Reichstag über einen förmlichen Einpruch des Reichstags. Der Reichstag hat heute eine namentliche Abstimmung. Zur Unterrichtung erheben sich nur die 44 bei Beginn der Sitzung anwesenden kommunistischen Abgeordneten, während 50 Abgeordnete zur Unterrichtung erforderlich sind. Die Abstimmung reicht nicht aus, um den Einpruch abzuwehren, wird der Einpruch mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Schöler (Komm.) meldet sich zur Geschäftsordnung. Der Reichstag verweigert ihm zunächst das Wort, erteilt es ihm dann aber nach einer kurzen Auseinandersetzung.

Abg. Schöler (Komm.) anschließend dagegen, daß eine ganze Anzahl von Abgeordneten, die sich in der Sitzung befinden, im Reichstagsgebäude untergebracht ist (Beifall rechts), offenbar um nach dem Rezept von Oberbürgermeister die Opposition aus dem Reichstag zu vertreiben. Mit der Erklärung ist ein ganzes Dutzend von Mitgliedern des Reichstags einbezogen, darunter viele Reichstagsmitglieder. (Stimmliches, minutenlanges Gespräch in d. Mehrheit, viele Abgeordnete der Rechten weichen mit Fingern auf den Redner.) Der Reichstag, dieses Schandparlament, wird durch die polizeiliche Belegung noch weiter geschändet. (Beifall in d. Komm., Beifall rechts.)

Abg. Schöler (Komm.) anschließend, daß die Reichstagsmitglieder, die sich in der Sitzung befinden, im Reichstagsgebäude untergebracht ist (Beifall rechts). Ich habe Herrn Schöler zu erwidern, daß die Reichstagsmitglieder, die sich in der Sitzung befinden, im Reichstagsgebäude untergebracht ist (Beifall rechts). Ich habe Herrn Schöler zu erwidern, daß die Reichstagsmitglieder, die sich in der Sitzung befinden, im Reichstagsgebäude untergebracht ist (Beifall rechts).